
I N L A N D

KAÖ: Unabhängige Rechtsberatung für Asylwerber muss bleiben	2
Katholische Aktion übt Kritik an Plänen von Innenminister Kickl - Rechtsberatung für Flüchtlinge soll weiterhin von unabhängigen Organisationen getragen werden - Forderung nach Einrichtung von Härtefallkommissionen in allen Bundesländern	
Neuer KAÖ-Präsident Wimmer: Glauben in Europa präsent halten	3
Wimmer im Kirchenzeitungs-Interview: "Aggressiven Angriffe" auf den Glauben entgegentreten, christliche Werthaltungen in Gesellschaft einbringen	
Synode: Turnovzsky über Fehlentscheidungen und Glaubwürdigkeit	3
Caritas kämpft um erhöhte Familienbeihilfe für Behinderte	5
Kolpingwerk will Bewusstsein für UN-Entwicklungsziele stärken	5
Kirchlicher Menschenrechtler warnt vor Mercosur-Abkommen	6
"Social Team Day": Caritas lädt Unternehmen zum Helfen ein	7
Nationalfeiertag: Militärseelsorge bei Bundesheer-Leistungsschau	8
Neue "Gesundheits-Charta" für Wiener Kindergärten	9
Wien: Gedenkmesse für Helmut Zilk	9

V A T I K A N & R O M

Papstprogramm: Welttag der Armen, Guadalupe, Panama	10
Vatikan veröffentlicht päpstlichen Terminplan für die Monate November bis Jänner - Die Christmette feiert der Papst wie im Vorjahr um 21.30 Uhr im Petersdom	
Papst betet für Opfer von Zugunglück in Taiwan	10
Vatikandiplomat Kardinal Silvestrini wird 95	11

A U S L A N D

Kirchenvertreter bei EU: Politiker müssen Brexit "ernster" nehmen	11
"Der Brexit wird eine Beeinträchtigung für das Leben aller Menschen sein", warnt der Generalsekretär der katholischen EU-Bischofscommission ComECE Olivier Poquillon	
Chile: Gericht dementiert Schadensersatzurteil im Fall Karadima	12
Nach Finanzskandal: Bischof beklagt fehlenden Aufklärungswillen	12
Zeuge in Verfahren gegen indischen Bischof tot aufgefunden	13
Großes katholisches Jugendtreffen auf der Arabischen Halbinsel	14
Hilarion: Bartholomaios geht als Kirchenspalter in Geschichte ein	14

K U L T U R & M E D I E N

"Faszination Garten": Jahrbuch 2019 der Diözese Gurk präsentiert	15
Bibelmuseum in Washington entfernt gefälschte Schriftrollen	16

I N L A N D

KAÖ: Unabhängige Rechtsberatung für Asylwerber muss bleiben

Katholische Aktion übt Kritik an Plänen von Innenminister Kickl - Rechtsberatung für Flüchtlinge soll weiterhin von unabhängigen Organisationen getragen werden - Forderung nach Einrichtung von Härtefallkommissionen in allen Bundesländern

Wien, 23.10.2018 (KAP) Eine unabhängige Rechtsberatung für Flüchtlinge und Asylwerber muss in Österreich erhalten bleiben. Das hat die Katholische Aktion Österreich im Anschluss an ihre jüngste Herbst-Konferenz gefordert, an der Delegierte aus ganz Österreich teilnahmen. Wörtlich heißt es in der am Dienstag veröffentlichten Stellungnahme zu der von Innenminister Herbert Kickl angekündigten umfangreichen Neustrukturierung des Asyl- und Fremdenwesens im Innenministerium: "Was auf den ersten Blick als sinnvolles Ziel erscheint, nämlich die vorhandenen Ressourcen und das vorhandene Know-how im Bereich Asyl- und Fremdenwesen ab Jänner 2019 in einer neuen Sektion zu bündeln, könnte sich bei genauerem Hinsehen als Angriff auf den Rechtsstaat entpuppen."

Dem Vernehmen nach werde auch über eine Verstaatlichung der Rechtsberatung von Asylsuchenden nachgedacht. Dadurch würde allerdings "die unabhängige Rechtsberatung de facto eingestellt", weil in diesem Fall weisungsgebundene Bedienstete des Ministeriums jene Menschen beraten und vertreten müssten, die zuvor von der gleichen Behörde einen negativen Bescheid bekommen haben, gab die KAÖ zu bedenken. "Das widerspricht allen Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit."

Die Katholische Aktion forderte eine Lösung, die den Verpflichtungen aus der Europäischen Grundrechtecharta und der Menschenrechtskonvention entspricht. Sie appellierte an Bundeskanzler Sebastian Kurz und die Regierung, die Unabhängigkeit der Rechtsberatung für schutzsuchende Menschen auch in Zukunft gesetzlich zu gewährleisten.

Alternativen zu Abschiebungen

Weiter schlägt die katholische Laienorganisation die Einrichtung von Härtefallkommissionen für Asylwerber vor, die von Abschiebung bedroht sind. Diese Einrichtung soll in Härtefällen alter-

native Lösungen zu einer Abschiebung vorschlagen und die Möglichkeiten des humanitären Bleiberechts ausschöpfen helfen. Solche Kommissionen sollten in allen Bundesländern eingerichtet werden, so die Forderung.

Die KAÖ wies darauf hin, dass es in den verschiedenen Instanzen der Asylverfahren immer wieder zu Mängeln kommt. So werden - wie etwa eine Dokumentation der Plattform für Menschenrechte Salzburg, die von zahlreichen christlichen Einrichtungen mitgetragen ist, zeigt - Trauma-Folgestörungen in der Einvernahme oft nicht ausreichend berücksichtigt. Auch wichtige Gründe für den Antrag auf internationalen Schutz oder für ein humanitäres Bleiberecht fänden oft wenig Berücksichtigung oder kämen aufgrund von Übersetzungsproblemen nicht zur Sprache. Auch sei der Rechtsschutz für Asylwerber im Verfahren häufig mangelhaft, ebenso die Einschätzung der Lage in den Herkunftsländern der Flüchtlinge, zeigte die Katholische Aktion Missstände auf. Auch bereits erfolgte Integrationsleistungen seitens der Asylwerber - etwa ein Lehrverhältnis - würden nicht immer ausreichend gewürdigt. Die Bundesregierung wolle den Zugang zur Lehre für Asylwerber sogar wieder unmöglich machen.

In Salzburg verhandelt die Plattform für Menschenrechte daher derzeit mit dem Land, eine Härtefallkommission einzurichten. Das Gremium soll mit Fachleuten u.a. aus den Bereichen Menschenrechte, Kinder- und Jugendanwaltschaft sowie Medizin oder Psychiatrie besetzt sein. "Uns ist bewusst, dass eine solche Kommission keinerlei rechtliche Kompetenz besitzt, Asylverfahren nach dem letztinstanzlichen Entscheid neu aufzurollen", so die Katholische Aktion. Sie solle aber einzelne Härtefälle, wenn Asylverfahren in letzter Instanz negativ entschieden wurden, nochmals prüfen "und gegebenenfalls Alternativen zu einer Abschiebung vorschlagen".

Neuer KAÖ-Präsident Wimmer: Glauben in Europa präsent halten

Wimmer im Kirchenzeitungs-Interview: "Aggressiven Angriffe" auf den Glauben entgegen-treten, christliche Werthaltungen in Gesellschaft einbringen

Salzburg, 23.10.2018 (KAP) "In Europa ist es wichtig, den Glauben in der Gesellschaft präsent zu halten": Zu dieser Herausforderung gehört nach Überzeugung des neuen Präsidenten der Katholischen Aktion Österreich (KAÖ), Leopold Wimmer, auch, "auf aggressive Angriffe zu reagieren, die gläubige Menschen als 'dumm' oder Ähnliches darstellen". Einerseits gelte es Spiritualität, Glaube und Gemeinschaft zu stärken, andererseits christliche Werthaltungen in die Gesellschaft einzubringen, so Wimmer im Gespräch mit der Kooperationsredaktion der österreichischen Kirchenzeitungen. Als Beispiele dafür, dass Glaube bedeutet, Solidarität zu zeigen, also tätige christliche Nächstenliebe, nannte er Spendenaktionen wie "Sei so frei" oder den "Familienfasttag" sowie viele Aktivitäten der Katholischen Jugend.

Leopold Wimmer war bei der jüngsten KAÖ-Konferenz am Wochenende zum Nachfolger von Gerda Schaffelhofer gewählt worden und bildet nun mit den Vizepräsidenten Madga Krön und Armin Haiderer die neue Spitze der offiziellen katholischen Laienorganisation. "Wir müssen generell in einer Gesellschaft, die zunehmend plural und zum Teil auch säkularisiert ist, den Glauben zur Sprache bringen und den Menschen zeigen, dass der Glaube eine Bereicherung für das Leben ist", betonte Wimmer im Interview. Dabei komme es weniger auf die Funktion des KAÖ-Präsidenten an als vielmehr auf die Tausenden in der Katholischen Aktion Engagierten. Auch Papst Franziskus sei "ein großes Geschenk für die Kirche, wenn es darum geht, den Glauben wieder ins Gespräch zu bringen".

Das traditionell große Engagement der KAÖ im gesellschaftspolitischen Bereich möchte Wimmer auf eine möglichst breite Basis stellen, wie er ankündigte. Stellungnahmen sollten gemeinsam vorbereitet und dann der Öffentlichkeit mit einer gemeinsamen Meinung vermittelt werden. Aktuell berate die KAÖ vor dem Hintergrund der Enzyklika "Laudato si" über eine ökosoziale Steuerreform. Bei kurzfristig notwendigen Stellungnahmen meinte er aufgrund seiner langjährigen Erfahrung "einigermaßen zu wissen, was man im Namen der KAÖ sagen kann", so Wimmer, "auch wenn ich mir der Bandbreite der Meinungen bewusst bin".

In der Beziehung zu den Bischöfen, die die Wahl des neuen KAÖ-Präsidiums erst bestätigen müssen, setze er auf "Dialog, viele Gespräche und auch das Abstimmen von Zielsetzungen", erklärte Wimmer. "Es geht mir darum, das gute Miteinander unter Achtung der jeweiligen Zuständigkeiten fortzusetzen."

Leopold Wimmer (65) stammt aus dem Waldviertel. Er studierte Physik an der Technischen Universität Wien, war dort Assistent und später in der IT- und Telekommunikationsbranche tätig. 1993 wechselte er zur Caritas St. Pölten und war bis Ende Mai 2018 deren Wirtschaftsleiter. Seit 1990 ist Wimmer Vorsitzender der Katholischen Männerbewegung der Diözese St. Pölten, seit 2008 zudem Vorsitzender der Katholischen Männerbewegung Österreichs (KMBÖ). Wimmer ist seit 43 Jahren verheiratet und zweifacher Vater und Großvater.

Synode: Turnovzsky über Fehlentscheidungen und Glaubwürdigkeit

Jugendbischof schrieb Beitrag für österreichische Kirchenzeitungen über die für ihn sehr fordernde dritte Synodenwoche

Salzburg, 23.10.2018 (KAP) Jugendbischof Stephan Turnovzsky hat in einem Beitrag für die aktuellen Ausgaben der österreichischen Kirchenzeitungen (Kooperationsredaktion) über die für ihn sehr fordernde dritte Synodenwoche

geschrieben. "Vergangene Woche hatte ich zwei Redebeiträge in der großen Synodenaula vor allen Versammelten: Meine Wortmeldung zum Papier der Jugendsynode und eine Kurzpredigt

beim morgendlichen Gebet. Bei Ersterem war Papst Franziskus anwesend."

Die Ansprache sei für ihn "aufregend" gewesen, denn "ich habe noch nie vor dem Papst eine Ansprache gehalten", so der Jugendbischof: "Aber wenn man Dinge zum ersten Mal tut, wächst man ja bekanntlich." Ein zentrales Thema seiner Predigt war die Frage der richtigen und der falschen Beratung und der Umgang mit Fehlentscheidungen.

Es gehe um die Glaubwürdigkeit der Kirche bei jungen Menschen, so Turnovszky in den Kirchenzeitungen zur Ansprache in der Aula: "Sie wünschen sich eine Kirche, in der die Taten und die Lehre übereinstimmen, sie wünschen sich eine Kirche, die sich in manchem deutlich von der übrigen Gesellschaft unterscheidet, und sind enttäuscht, wenn es in der Kirche genauso zugeht wie sonst in der Welt."

Richtiger Umgang mit Fehlentscheidungen

Die Predigt des Wiener Weihbischofs in der Synodenaula war vom biblischen Propheten Daniel ausgegangen, der das Opfer eines Mobbing von Beratern des Königs Darius wurde und mithilfe eines von diesen formulierten Anlassgesetzes verhaftet und in die Löwengrube geworfen wurde. Der Bericht findet sich im Buch Daniel (Altes Testament).

Gott sandte - so das Buch Daniel - einen Engel, der die Löwen friedlich bleiben ließ, dem Propheten wurde nichts angetan, was zeigte, dass er unschuldig war und nichts gegen den König getan hatte. Der erleichterte König trennt sich von seinen korrupten Beratern und lässt sie in der Löwengrube hinrichten.

Turnovszky sagte in seiner Predigt dazu, dass der König "eine Fehlentscheidung" getroffen habe und dass ähnliches heute passiere. Der Bischof wörtlich: "Verantwortungsträger treffen mitunter Fehlentscheidungen. Manche davon sind tragisch wie die des Königs Darius. Auch heute gibt es tragische Fehlentscheidungen, zum Beispiel solche, die den Missbrauch an Kindern und Jugendlichen begünstigt haben."

In der Bibel werde der Grund für die Fehlentscheidung in der Wahl der Berater gesehen: "König Darius hat sich schlecht beraten lassen. Wie sieht das in meinem Verantwortungsbereich aus? Wer berät mich? Sind da vielfältige Meinungen vertreten, auch die Stimmen derer, die man leicht überhört, wie es in

der Erzählung die Juden waren? Wer bringt die Stimme der jungen Menschen ein?"

Neuaufstellung der Beratung

In der Predigt berichtete Turnovszky dann über eine Neuaufstellung der Beratung in der Erzdiözese Wien als eine der Konsequenzen des Missbrauchsskandals: "Bei uns in der Diözese war jahrelang eine Frau im Bischofsrat. Das hat unseren Beratungen gut getan, sie konnte eine andere Perspektive einbringen."

Im Kirchenzeitungs-Beitrag ging der Bischof auch auf Wortmeldungen der Synodenteilnehmer ein. Diese seien sehr unterschiedlich, je nachdem woher die Sprecher kommen: "Afrikaner sprechen vor allem über Armut und Bildung, Südamerikaner viel über Sekten, aus dem Nahen Osten und Pakistan hört man über die Nöte einer christlichen Minderheit, sonst aus Asien viel Zuversicht, aus vielen Ländern aber über Schwierigkeiten mit der Weitergabe des Glaubens an die Jugend. Migration, Internet, Sexualmoral, 'Frauen in der Kirche', die Bedeutung der persönlichen Christusbeziehung kommt durch die meisten zur Sprache."

In den Wortmeldungen der jugendlichen Hörer und Hörerinnen bei der Synode wiederum sei betont worden, "dass es jungen Menschen wichtig ist, in der Kirche mit ihren Anliegen Gehör zu finden und sie mitgestalten zu können".

"Erfahrung des Zuhörens"

In einem Video für das Portal "Vatican News" sagte Kardinal Christoph Schönborn zu den Beratungen der Bischöfe gemeinsam mit dem Papst: "Für mich ist die Synode vor allem eine Erfahrung des Zuhörens". Er habe viel von den jungen Teilnehmern gehört, aber ich habe auch viel von den Bischöfen und ihren Erfahrungen. "Ich glaube, das Wichtige ist, dass wir einander zuhören, einander erzählen, was unsere Sorgen sind, aber was auch unsere Erfahrungen sind. Und vor allem kommt es darauf an, dass wir gemeinsam auf das Wort Gottes hören, auf das, was Jesus uns zu sagen hat. Und wenn wir auf ihn hören, dann können wir auch aufeinander hören und miteinander lernen einen gemeinsamen Weg zu gehen."

Der Wiener Erzbischof appellierte an das Bewusstmachen des Gemeinsamen: "Zukunft hat nur ein gemeinsamer Weg - und das war die Erfahrung dieser Synode, ein wirklich ge-

meinsamer Weg, Jugend und Alte." (Link zum Video: www.vaticannews.va/de/vatikan/news/2018-10/synode-jugend-2018-schoenborn-videobotschaft0.html#play)

Caritas kämpft um erhöhte Familienbeihilfe für Behinderte

Caritas begrüßt Einbindung der Zivilgesellschaft bei Gesetzesreparatur - Monitoring der Bezieherzahl geplant

Wien, 23.10.2018 (KAP) Ein Gesetzesentwurf zur erhöhten Familienbeihilfe für minder- und volljährige Personen mit Behinderung hat zuletzt für Aufregung gesorgt - auch bei der Caritas: Durch eine geänderte Gesetzesauslegung hätten einige Behinderte in den letzten Monaten die erhöhte Familienbeihilfe verloren - trotz des deklarierten Ziels, diese Beihilfe abzusichern. "Unklare Formulierungen im Gesetzesentwurf könnten jedoch noch immer dazu führen, dass einige Betroffene ihren Anspruch auf erhöhte Familienbeihilfe verlieren", warnte Caritas-Generalsekretär Bernd Wachter in einer Aussendung am Dienstag.

Um diese Bedenken auszuräumen, trafen sich Mitglieder des parlamentarischen Familienausschusses und des Familienministeriums am Montag mit Behinderten-Vertretern. Dabei wurde laut Caritas vereinbart, einen den Vollzug klärenden Erlass auszuarbeiten, um den genannten Interpretationsschwierigkeiten vorzubeugen. Dabei sollen auch Behinderten-Organisationen eingebunden werden, hieß es seitens der Politik. "Nach dem gestrigen guten Gespräch müssen wir abwarten. Es wird sich zeigen, ob der gemeinsam zu erarbeitende Erlass dazu führt, dass es zu keiner Verschlechterung der Situation für Menschen mit Behinderungen kommt", äußerte sich Wachter vorsichtig.

Für Kinder und Erwachsene mit Behinderung sei die erhöhte Familienbeihilfe, neben einem geringfügigen Anerkennungsgeld aus ihrer Arbeit in Werkstätten, oft die einzige Geldleistung, mit der sie persönliche Bedürfnisse wie Kleidung, Hygieneartikel, Kaffeehaus- oder Kinobesuche decken können, wies Wachter hin. Außerdem würden mit der Beihilfe sowie dem Pflegegeld behinderungsbedingte Mehrkosten und Aufwendungen für die notwendige Begleitung und Betreuung bezahlt.

Monitoring für erhöhte Familienbeihilfe

Das Familienministerium habe im Zuge des Gespräches mit Vertretern der Zivilgesellschaft auch ein Monitoring über die Bezieherzahl der geförderten Familienbeihilfe zugesagt. Derzeit sollen rund 80.000 Menschen mit Behinderung erhöhte Familienbeihilfe beziehen, teilte die Caritas mit. Sollte sich die Zahl signifikant verringern, werde die Gesetzesreparatur erneut repariert werden, so die Zusicherung. Dazu Caritas-Generalsekretär Wachter: "Es ist zu befürchten, dass einige Betroffene ihren Anspruch auf erhöhte Familienbeihilfe verlieren." Eine gesetzlich klar geregelte Lösung hätte für die Betroffenen mehr Rechtssicherheit bedeutet.

Kolpingwerk will Bewusstsein für UN-Entwicklungsziele stärken

Christlicher Sozialverband verpflichtet sich bei Bundes-Generalversammlung in Linz zu künftig noch stärkerem Fokus auf Nachhaltigkeit

Linz, 23.10.2018 (KAP) Die nachhaltigen Entwicklungsziele der UNO werden beim österreichischen Kolpingverband großgeschrieben: Bei der Bundes-Generalversammlung des christlichen Sozialverbandes am Wochenende in Linz drehte sich alles um die sogenannten "SDGs" (Sustainable development goals). Die auf "Enkeltauglichkeit" abzielenden Maßnahmen in den landesweit 60 Kolpinghäusern und Sozial-

einrichtungen, in denen rund 6.000 Menschen Wohnraum, Begleitung und Betreuung finden, wolle man künftig noch ausbauen, hieß es in einer Pressemitteilung vom Dienstag.

Der Kolpingverband wolle mit seinem Engagement für die Entwicklungsziele "Bewusstsein schaffen und neue Leute einladen, ein Stück dieses Weges mitzugehen", erklärte Kolping-Präsidentin Christine Leopold im Anschluss an

das Treffen der 130 Delegierten aus ganz Österreich. Bei diesem wurde präsentiert, was bei Kolping in Sachen Nachhaltigkeit schon geschieht: So gibt es etwa großflächige Photovoltaik-Anlagen auf Kolpinghäusern, Konzepte zum sorgfältigen Umgang mit Nahrungsmitteln in deren Großküchen, Kooperationen mit Fachorganisationen wie dem "Klimabündnis" oder "Up-cycling"-Projekte zur Müllvermeidung.

Zusätzlich werde bei Kolping besonders auf Armutsbekämpfung geachtet - als ein Anliegen, das sowohl von der UNO als auch vom Papst stets in Verbindung mit Nachhaltigkeit gebracht werde, hieß es in der Mitteilung. Der Kolpingverband leiste hier mit seinen 33 Sozialeinrichtungen wertvolle Beiträge, von Einrichtungen für von Armut betroffenen Frauen und Kinder ("Mukis") bis hin zu den Initiativen zur Integration von jobfernen Jugendlichen in den Arbeitsmarkt im Rahmen des "Projekt Handwerk".

Die Förderung des Friedens und des Dialoges in der Gesellschaft sind ein weiterer Fokus des Kolpingverbandes. Akzente werden dazu gezielt gesetzt u.a. durch ein Flüchtlingscafé im Kolpinghaus Dornbirn, eine Integrative Lernbetreuung in Wien oder eine Initiative zur Begegnung zwischen "Einheimischen und Zweheimischen" in der Bregenzerwälder Gemeinde Bezaun.

Die bei der Bundes-Generalversammlung gezeigten Strategien und Konzepte sehe man "erst einmal als Anfang", erklärte Kolping-Präsidentin Leopold. Für sie stehe fest, dass Sozialorganisationen eine "Schlüsselposition" einnehmen könnten, um Beiträge zur Erreichung der nachhaltigen Entwicklungsziele zu liefern. An dem Treffen in Linz nahm auch der Generalpräsident des Internationalen Kolpingwerkes, Ottmar Dillenburger, teil.

Kirchlicher Menschenrechtler warnt vor Mercosur-Abkommen

Argentinischer Sozialaktivist Figueredo: Umwelt- und Sozialprobleme würden sich durch Agrobusiness-Freihandel zwischen EU und südamerikanischen Staaten verschlimmern - Auch für Europa Nachteile absehbar

Graz, 23.10.2018 (KAP) Vor drastischen Folgen eines derzeit in Verhandlung befindlichen Freihandelsabkommens zwischen der Europäischen Union und den Mercosur-Staaten (Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay) warnt der argentinische Sozialaktivist Juan Carlos Figueredo. "Der Vertrag würde alle Land-, Umwelt- und Sozialprobleme Südamerikas stark verschlimmern und auch Österreichs kleinstrukturierte Landwirtschaft unter Druck setzen. In jedem Kilogramm an Lebensmitteln, das von Südamerika in die EU kommt, steckt Umweltschädigung, Unrecht und Leid", sagte der langjährige Projektpartner des Welthauses der Diözese Graz am Dienstag im Interview mit "Kathpress".

Figueredo besuchte in den vergangenen Tagen Österreich und wies in Podiumsdiskussionen und Gesprächen mit Vertretern aus Politik, Landwirtschaft und Handel auf die Hintergründe des Assoziierungsabkommens hin, dessen 1999 gestartete Verhandlungen nach 34 Runden nun in der Zielgeraden sind. Bei den

geheimen Treffen dreht sich laut Figueredo fast alles um Zölle und Produktpreise. Nicht aber um die Einhaltung der Menschenrechte oder nachhaltige Entwicklung - Kriterien, auf welche die EU unbedingt pochen müsse, so das Anliegen des kirchlichen Sozialexperten. "Die Abkommen sollen nicht reine Handelsverträge werden, sondern auch Arbeit, Umwelt und soziale Faktoren berücksichtigen."

Nötig sei das Einlenken der EU aufgrund der absehbaren Probleme durch den angepeilten Freihandel. Dieser betreffe aus argentinischer Produktion fast ausschließlich in Monokulturen und industrieller Landwirtschaft hergestellte Erzeugnisse wie Rindfleisch, Soja, Mais, Sonnenblumen und Baumwolle. "Dafür wird Wald abgeholzt, was sich schlecht für das Weltklima auswirkt, es gibt enorme Verunreinigung des Ökosystems durch Agrochemikalien und schlimme soziale Folgen wie die mitunter gewaltsame Vertreibung indigener Kleinbauern von ihrem Land", schilderte Figueredo, dessen kirchliche Organisation INCUPO sich seit Jahr-

zehnten für die Rechte der Ureinwohner stark macht. In den anderen Mercosur-Staaten Brasilien, Uruguay und Paraguay sei die Situation ähnlich.

Verschärfung des Hungers

Paradoxerweise werde der Fokus auf Nahrungsmittelexport in seiner Heimat Argentinien dazu führen, dass in dem eigentlich reichen Land das Hungerproblem verstärkt wird; schließlich würden die Einnahmen aus der Landwirtschaft in den Händen weniger, meist internationaler Großkonzerne landen. "Aufgrund der aktuellen Wirtschaftskrise im Land leben über 40 Prozent der Argentinier in Armut. Die Zahl der Armenausspeisungen und Nahrungsmittel-Ausgabestellen ist seit 2016 explodiert - und zwar nicht nur in Buenos Aires, sondern auch in den Landregionen", berichtete der Sozialexperte. Erst Ende September hatte die UN-Sonderberichterstatterin für das Recht auf Nahrung, Hilal Elver, nach einem 10-Tage-Besuch in Argentinien der Regierung dringend Maßnahmen zur Sicherstellung der Ernährung der Bevölkerung empfohlen.

Auch für Österreich hätte das Mercosur-Abkommen vielerlei Nachteile, erklärte Figueredo. Beispielsweise kämen Europas kleine Landwirte durch den Freihandel noch mehr unter Druck, könnten sie doch mit dem Billigfleisch der riesigen Geflügel- und Rinderfarmen in Südamerika preislich nicht mithalten. Weiters sei argentinisches Rindfleisch mit Agrochemikalien wie Glyphosat belastet, denn obwohl die Rinder der Großfarmen auf offenen Weiden lebten, werde am Ende der Mast transgenes Futter wie etwa Soja, Mais oder Baumwollsaat verfüttert.

Bio als Alternative

Er sei "nicht gegen Freihandel an sich, aber doch klar gegen eine Form von Handel, die ungerecht

und nicht nachhaltig ist", erklärte der INCUPO-Aktivist aus Argentinien. Es gelte, Alternativen einer "ergänzenden Wirtschaft" und einer "gemeinsamen Verantwortung" ins Auge zu fassen; so könne etwa Österreich durch seine Erfahrungen bei der Bio-Landwirtschaft sein Wissen zur Verfügung stellen, damit Betriebe in Argentinien - bis hin zu den indigenen Erzeugern - darauf aufbauend "gute Nahrung in guter Qualität" produzieren könnten. Derartige Ansätze seien jedoch in den Verhandlungen bisher völlig ausgeklammert.

Vollinhaltlich unterstützte Figueredo ein Grundsatzpapier, mit dem die Koordinierungsstelle der Bischofskonferenz (KOO) zu den Mercosur-Verträgen Stellung bezogen hat. Das Kapitel zur Nachhaltigkeit müsse dringend reformiert und zum "Herzstück" des Abkommens werden, heißt es darin. Nötig seien weiter auch eine Folgenabschätzung in Sachen Menschenrechte, der unbedingte Vorrang von Arbeits-, Umwelt- und Menschenrechtsnormen vor zollpolitischen Vereinbarungen und die Einführung von Mechanismen für Beschwerden, Sanktionen und Monitoring.

Quoten für Rindfleisch oder Ethanol sollten nicht ausgeweitet werden, seien doch die Auswirkungen nicht abschätzbar, liest man im Vorschlag weiter. Der kirchliche Dachverband empfiehlt die Wiederaufnahme der Mercosur-Staaten in ein grundlegend reformiertes Allgemeines Präferenzsystem (APS), um zollpolitische Vergünstigungen zu wahren. Auch der Verhandlungsprozess an sich sei reformbedürftig: Alle Interessierten sollten in die Verhandlungen einsehen können, zudem gelte es bei allen Schritten die Menschenrechts- und Nachhaltigkeitsverpflichtungen zu prüfen. "Südamerikas Zivilgesellschaft weiß über die Verhandlungen nur über die von europäischen NGOs erhobenen Infos Bescheid. In unseren Ländern wird darüber geschwiegen", bestätigte Figueredo.

"Social Team Day": Caritas lädt Unternehmen zum Helfen ein

Neue Initiative der Caritas bietet Firmen Möglichkeit, sich teambildend sozial zu engagieren

Wien, 23.10.2018 (KAP) "Social Team Day" heißt eine neue Initiative der Caritas, die Unternehmen die Möglichkeit bietet, sich sozial zu engagieren und dabei den Zusammenhalt im Team zu stärken. Damit sollen Firmen und ihre Mit-

arbeiter motiviert werden, "gemeinsam mit uns zu helfen - etwa obdachlosen Müttern und Kindern, Menschen mit Behinderung oder pflegebedürftigen Menschen", erklärte Klaus Schwertner, Generalsekretär der Caritas Erzdiözese

Wien, in einer Aussendung am Dienstag. Die Einsatzmöglichkeiten seien vielfältig und die Caritas könne vielerorts "dringend Hilfe beim Helfen brauchen".

Der Gewinn sei ein mehrfacher und treffe nicht nur die Bedürftigen, wies Schwertner hin: "Die Firmen bekommen einen besseren Einblick in die Caritas-Arbeit, verstehen die Bedürfnisse und Lebensrealitäten von Menschen in Not besser und können ganz nebenbei als Teambuilding-Maßnahme den Zusammenhalt im Team stärken."

Bei einigen Unternehmen fand die Anregung der Caritas bereits offene Ohren: "Einen Tag für Schwächere da sein, ins Gespräch kommen und soziale Verantwortung dort wahrnehmen, wo sie gebraucht wird. Genau das versuchen wir den Mitarbeitern zu ermöglichen", erklärte Barbara Steinhäusler-Fessl von der "Vienna Insurance Group", die gemeinsam mit ihrem Team bereits einen Tag in einem Caritas-Seniorenwohnhaus verbrachte. Auch Karin Kronreif vom Umweltbundesamt nannte die in der Tagesstätte für Menschen mit Behinderung am Himmel verbrachten Stunden "rührend und beeindruckend". Elisabeth Dal-Bianco bereitete mit ihrem Team von "Pfizer" 180 Portionen Chili Con Carne für obdachlose Menschen in der

Zweiten Gruft zu. Dabei seien auch neue Erfahrungen gemacht und schöne Erinnerungen geschaffen worden, und "wir hatten sehr viel Spaß zusammen".

"Wir bauen Vorurteile ab"

Ob Hilfe beim Umzug oder im im Garten, ein Ausflug mit Menschen mit Behinderung, ein Nachmittag mit Senioren, gemeinsames Ausmalen mit geflüchteten Jugendlichen oder kulinarisches Teambuilding beim Community Cooking in der Brotfabrik - die Möglichkeiten für Unternehmen, in der Caritas mitanzupacken, seien vielfältig. Bisherige Erfahrungen zeigten, dass viele der sozial Engagierten zum ersten Mal mit einem obdachlosen oder geflüchteten Menschen ins Gespräch kämen. "Wir bauen Vorurteile ab und reißen Barrieren in unseren Köpfen nieder", wies Klaus Schwertner hin.

Eine Besonderheit beim "Social Team Day" sei auch, "dass hier schon mal Rollen getauscht werden. Wenn zum Beispiel ein obdachloser Mensch, jemand, der alles verloren hat, den Geschäftsführer eines Großkonzernes anleitet und in die Arbeit einschult. Das baut Brücken und schafft gegenseitiges Verständnis", ist Schwertner überzeugt. (Informationen: www.social-team-day.at)

Nationalfeiertag: Militärseelsorge bei Bundesheer-Leistungsschau

Ökumenisches Seelsorgezelt am 25. und 26. Oktober am Wiener Michaelerplatz - Gottesdienst am Morgen des Nationalfeiertages mit Militärbischof Freistetter

Wien, 23.10.2018 (KAP) Wenn am Nationalfeiertag das Österreichische Bundesheer in der Wiener Innenstadt zu seiner traditionellen Leistungsschau lädt, präsentiert auch die Militärseelsorge ihre Arbeit. Geistliche und weitere Mitarbeiter geben am Donnerstag und Freitag in einem ökumenischen Seelsorgezelt am Michaelerplatz vor der Hofburg interessierten Besuchern Einblicke in das Wirken der Militärseelsorge innerhalb des Bundesheers. Dazu beginnt die katholische Militärseelsorge den Nationalfeiertag (26. Oktober) mit einem Gottesdienst um 7.30 Uhr in der Michaelerkirche, geleitet von Militärbischof Werner Freistetter.

Das vereinte Auftreten der verschiedenen Militärseelsorgen des Bundesheers in einem ökumenischen Seelsorgezelt gibt es erst seit einigen Jahren. Auch bei der Angelobung im

Rahmen der Leistungsschau treten die Religionsgemeinschaften gemeinsam auf - als ein sichtbares Zeichen der gelebten Ökumene innerhalb des Österreichischen Bundesheers, wie es von Seiten der Militärseelsorge am Dienstag hieß.

Durch spezielle Regelungen hinsichtlich der Religionsfreiheit im Bundesheer soll sichergestellt sein, dass Grundwehrdiener und alle Militärbedienstete ihre Religion ausüben können; als Folge sind in Österreich derzeit gleich sechs verschiedene Religionen und Konfessionen mit einer eigenen Militärseelsorge tätig und kümmern sich um die religiösen und seelischen Bedürfnisse der ihnen Anvertrauten.

Von den christlichen Konfessionen sind die Römisch-Katholische Kirche sowie die Evangelische Kirchen (beide seit einigen Jahr-

zehnten), und die Orthodoxe Kirche (seit 2011) in der Militärseelsorge vertreten. Dazu kamen in den letzten Jahren noch die Islamische (seit

2015), die Alevitische (seit 2016) und die Jüdische Militärseelsorge (seit 2017).

Neue "Gesundheits-Charta" für Wiener Kindergärten

Auch St. Nikolausstiftung und Vereinigung Katholischer Kindertagesheime bekennen sich zu Leitlinien für gesunde Ernährung, Bewegung und seelische Gesundheit

Wien, 23.10.2018 (KAP) In Wiener Kindergärten - darunter auch solche in kirchlicher Trägerschaft - gilt eine neue "Gesundheits-Charta". Aspekte wie gesunde Ernährung, Bewegung und seelische Gesundheit seien Ausgangspunkt für sechs Leitsätze gewesen, die von acht Organisationen und der Wiener Gesundheitsförderung (WiG) entwickelt wurde und am Dienstag im Rahmen des Netzwerkstreifens "Gesund im Wiener Kindergarten" im Wiener Rathaus präsentiert wurden.

"Mit der Charta zur Gesundheitsförderung geben wir uns einen gemeinsamen Rahmen für die Gestaltung der Lebens-, Lern- und Arbeitswelt in den Wiener Kindergärten", betonte

der Wiener Bildungsstadtrat Jürgen Czernohorszky in einer Aussendung. Schwerpunkte dabei seien eine gesundheitsförderliche Umgebung, ein positives Miteinander, Toleranz und Wertschätzung, spielerische Kreativität, aber auch ein achtsamer Umgang mit dem eigenen Körper und der Natur.

Diese Inhalte sind nun Handlungsleitfaden für alle beteiligten Organisationen wie die städtischen Wiener Kindergärten, die Wiener Kinderfreunde und "KIWI" sowie die St. Nikolausstiftung der Erzdiözese Wien und die Vereinigung Katholischer Kindertagesheime. Abrufbar ist die Gesundheits-Charta im Internet unter <https://bit.ly/2NZJvRF>.

Wien: Gedenkmesse für Helmut Zilk

Dompfarrer Faber zitierte Buch der Weisheit und erinnerte an Sorge des vor zehn Jahren verstorbenen Altbürgermeisters für den Stephansdom - Auch Bürgermeister Ludwig feierte Gottesdienst mit

Wien, 23.10.2018 (KAP) Im Wiener Stephansdom ist am Montag des vor zehn Jahren verstorbenen Altbürgermeisters Helmut Zilk mit einer Messe gedacht worden. Neben Zilks Witwe Dagmar Koller und Wegbegleitern des Altbürgermeisters aus Politik, Verwaltung, Kunst und Kultur feierte auch Bürgermeister Michael Ludwig den Gottesdienst mit. In seiner Ansprache ging Dompfarrer Toni Faber von der Lesung aus dem Buch der Weisheit - Herr, Du bist ein Freund des Lebens" (Wh 11,26) - aus und erinnerte u.a. an die Sorge Zilks für den Stephansdom.

Auf den populären Politiker gehe der Verein "Unser Stephansdom" zurück, und er habe bis zum Schluss für Anliegen des Doms großes Engagement gezeigt. "Wir alle in Wien verdanken ihm so viel", sagte Faber. Bürgermeister Ludwig sagte bei der Begrüßung, die Leistung des Altbürgermeisters sei weiterhin präsent. Ludwig erinnerte u.a. auch an die nach

Zilk benannten Orte in Wien, etwa der Platz vor der Albertina und der Park zwischen Hauptbahnhof und Sonnwendviertel.

Helmut Zilk wurde am 9. Juni 1927 in Wien geboren. Der Journalist und Politiker (SPÖ) war von 1983 bis 1984 Unterrichtsminister und ab 1984 bis 1994 zehn Jahre lang Wiener Bürgermeister. Kultstatus erreichte er durch seine Spaziergänge in Innenstadt-Straßen, wo Wienerinnen und Wiener ihre Anliegen direkt bei ihm deponieren konnten. Zilk war immer von einem Assistenten begleitet, der notierte und dann einen Auftrag des Bürgermeisters direkt an die zuständige Stelle weiterleitete.

1993 wurde Zilk Opfer eines rechtsextremen Briefbomben-Attentats, bei dem er eine Hand verlor. Nach seinem Rückzug aus der Politik blieb Zilk in den Medien als Kommentator und Kritiker präsent und kehrte für die Reihe "Lebenskünstler" in seinen Beruf als ORF-

Moderator zurück. Am 24. Oktober 2008 starb Zilk nach kurzer Krankheit in Wien. Der Altbür-

germeister ist in einem Ehrengrab am Wiener Zentralfriedhof bestattet.

V A T I K A N & R O M

Papstprogramm: Welttag der Armen, Guadalupe, Panama

Vatikan veröffentlicht päpstlichen Terminplan für die Monate November bis Jänner - Die Christmette feiert der Papst wie im Vorjahr um 21.30 Uhr im Petersdom

Vatikanstadt, 23.10.2018 (KAP) Papst Franziskus hat in den kommenden drei Monaten viele medial interessante Termine, darunter den Welttag der Armen, die Lateinamerikanermesse am Guadalupe-Feiertag, die Weihnachtsliturgien und den Weltjugendtag in Panama. Das geht aus dem am Dienstag vom Vatikan veröffentlichten Terminplan für die Monate November bis Jänner hervor.

Am 2. November, dem Fest Allerseelen, begibt sich Franziskus zum Totengedenken auf den Cimitero Laurentino, den drittgrößten römischen Friedhof im Süden der Stadt. Am 3. November gedenkt er mit einer Messe im Petersdom der im vergangenen Jahr gestorbenen Kardinäle und Bischöfe. Am 18. November begeht er mit einer Messe im Petersdom zum zweiten Mal den von ihm ausgerufenen "Welttag der Armen", der auch mit einer Begegnung im Rahmen eines Essens verbunden ist.

Zum Herbstprogramm zählen weiter die Ehrung der Muttergottes auf der römischen

Piazza di Spagna am 8. Dezember und die Messe für Lateinamerika am 12. Dezember, dem Festtag der Jungfrau von Guadalupe.

Die Christmette feiert der Papst wie im Vorjahr um 21.30 Uhr im Petersdom. Am Weihnachtstag selbst spendet er mittags von der Mittellochia der Basilika aus den traditionellen Segen "Urbi et orbi", "der Stadt und dem Erdkreis". Am Nachmittag von Silvester leitet der Papst im Petersdom ein feierliches Gebet zum Dank für das vergangene Jahr. Am folgenden Vormittag steht eine Messe auf dem Programm; der Neujahrstag wird zugleich als katholischer Welttag für den Frieden begangen.

Einen weiteren Festgottesdienst im Petersdom zelebriert Franziskus am 6. Jänner zum Hochfest "Erscheinung des Herrn", während er am 13. Jänner anlässlich des Festes der Taufe Jesu einige Kinder in der Sixtinischen Kapelle tauft. Am 23. Jänner bricht er zu einer sechstägigen Reise zum Weltjugendtag nach Panama auf.

Papst betet für Opfer von Zugunglück in Taiwan

Bei schwerstem Eisenbahnunglück in Taiwan seit fast drei Jahrzehnten waren am Sonntag 18 Menschen ums Leben gekommen

Vatikanstadt, 23.10.2018 (KAP) Papst Franziskus hat seine Betroffenheit über das Zugunglück in Taiwan bekundet. Er bete für die Todesopfer und ihre Hinterbliebenen und bitte um Heilung, Kraft und Frieden für die Verletzten, hieß es in einem vom Vatikan veröffentlichten Beileidsschreiben.

Bei dem Unglück am Sonntag im Landkreis Yilan im Nordosten Taiwans kamen

mindestens 18 Menschen ums Leben. Die Zahl der Verletzten wird von taiwanesischen Medien mit knapp 190 angegeben. Der aus der Hauptstadt Taipeh kommende Schnellzug war bei hoher Geschwindigkeit in einer Kurve entgleist. Es handelt sich um das schwerste Eisenbahnunglück in Taiwan seit fast drei Jahrzehnten.

Vatikandiplomat Kardinal Silvestrini wird 95

Norditaliener bestimmte von 1971 bis 1988 die diplomatische Linie des Heiligen Stuhls - Später wechselte er an die Spitze der vatikanischen Ostkirchenkongregation

Vatikanstadt, 23.10.2018 (KAP) Der italienische Kardinal und langjährige vatikanische Außenminister Achille Silvestrini wird am Donnerstag 95 Jahre alt. Von 1971 bis 1988 bestimmte der Norditaliener die diplomatische Linie des Heiligen Stuhls. Bis heute ist er Vorsitzender der Studienstiftung "Villa Nazareth" mit einem eigenen Kolleg in Rom sowie der mit ihr verbundenen Ehemaligen-Vereinigung, die nach Silvestrinis erstem Chef im vatikanischen Staatssekretariat, Kardinal Domenico Tardini (1888-1961), benannt ist. Silvestrini ist der sechstälteste Kardinal der katholischen Kirche.

Der am 25. Oktober 1923 in Brisighella bei Ravenna geborene Silvestrini studierte Geisteswissenschaften in Bologna und schloss an seine Priesterweihe ein Jurastudium sowie eine Diplomatenausbildung an. Seit 1953 im diplomatischen Dienst des Vatikan, half er das Verhältnis zu den noch jungen kommunistischen Staaten Südostasiens zu gestalten; später befasste er sich im Rahmen seiner Zuständigkeit für internationale Organisationen mit den Themen Frieden, Abrüstung und Menschenrechten.

In den 1970er Jahren begleitete er die Politik der Öffnung gegenüber dem Ostblock und vertrat den Heiligen Stuhl bei der Konferenz

über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa sowie Konferenzen zur friedlichen Nutzung von Atomkraft und zum Atomwaffensperrvertrag.

Papst Johannes Paul II. (1978-2005) ernannte Silvestrini 1979, kurz nach Beginn seines Pontifikats, zum Außenamtsleiter im Staatssekretariat. In dieser Rolle war Silvestrini unter anderem an der Revision der Lateranverträge zwischen dem Vatikanstaat und Italien beteiligt, aber auch an Vermittlungen in der Falklandkrise und während der Revolution in Nicaragua.

1988 zum Kardinal erhoben, leitete der Jurist zunächst den Obersten Gerichtshof des Vatikan. 1991 wechselte er an die Spitze der Ostkirchenkongregation; dieses Amt bekleidete er bis 2000. Mit Erreichen der Altersgrenze von 80 Jahren schied er 2003 aus dem Kreis der Papstwähler aus.

Theologisch wird Silvestrini einem liberalen, reformoffenen Flügel des Kardinalskollegiums zugerechnet. Zugleich war er 2002 Mitglied einer Kommission, die unter Leitung des damaligen Glaubenspräfekten Kardinal Joseph Ratzinger die Exkommunikation der Beteiligten an einer versuchten Priesterweihe von Frauen begründete.

A U S L A N D

Kirchenvertreter bei EU: Politiker müssen Brexit "ernster" nehmen

"Der Brexit wird eine Beeinträchtigung für das Leben aller Menschen sein", warnt der Generalsekretär der katholischen EU-Bischofscommission ComECE, Olivier Poquillon, im KNA-Interview

Brüssel, 23.10.2018 (KAP/KNA) Der Generalsekretär der katholischen EU-Bischofscommission ComECE, Olivier Poquillon, hat die EU, die Mitgliedstaaten und Großbritannien aufgefordert, den Brexit "ernster" zu nehmen. "Der Brexit wird eine Beeinträchtigung für das Leben aller Menschen sein", sagte Poquillon der deutschen Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA) am Dienstag in Brüssel. Priorität müsse es sein, Lösungen für die Personen, Familien und

Gemeinschaften zu finden, die unter dem Brexit leiden werden.

In der ComECE (Commissio Episcopatum Communitatis Europensis) mit Sitz in Brüssel sind die Bischofskonferenzen der 28 Mitgliedstaaten der Europäischen Union vertreten. Laut Poquillon werden nach dem Ausscheiden Großbritanniens aus der EU die Bischofskonferenzen des Landes nicht mehr Mitglied der EU-Bischofscommission sein können. "Brexit ist

Brexit", sagte der Generalsekretär. Die ComECE habe allerdings ihre Statuten überarbeitet. Dadurch werde es möglich, Mitglieder der Bischofskonferenzen von England, Wales und Schottland als Gäste zu Beratungen einzuladen.

Eine Lücke im Haushalt der ComECE entstehe anders als bei der EU jedoch nicht, sagte Poquillon. Die Beiträge für die ComECE richteten sich nach der Anzahl der Katholiken im Land und dem Bruttoinlandprodukt (BIP). Aus diesem Grund ergäben sich nur geringfügige

Änderungen für den ComECE-Haushalt. "Größere Folgen hätte es, wenn ein Land wie Deutschland oder Italien aus der EU austreten würde."

Vom 24. bis zum 26. Oktober tagen die Mitglieder der EU-Bischofskommission in Ypern und Brüssel. Der EU-Chefverhandler für den Brexit, Michel Barnier, wird die Bischöfe über den aktuellen Stand der Verhandlungen informieren.

Chile: Gericht dementiert Schadensersatzurteil im Fall Karadima

Zeitung berichtete zuvor von Justizentscheidung gegen Erzdiözese Santiago im Zusammenhang mit der Aufarbeitung des Missbrauchsskandals

Santiago, 23.10.2018 (KAP/KNA) Ein Gericht in Chile hat Medienberichten über ein Urteil im Zusammenhang mit dem Missbrauchsskandal um den inzwischen in den Laienstand versetzten katholischen Priester Fernando Karadima widersprochen. Ein solches Urteil existiere nicht, zitieren örtliche Medien (Montag Ortszeit) eine Sprecherin des zuständigen Gerichts in Santiago de Chile. Zuvor hatte unter anderem die Tageszeitung "La Tercera" am Sonntag berichtet, das Gericht habe die Erzdiözese Santiago in einem noch nicht veröffentlichten Urteil zu einer Schadenersatzzahlung von umgerechnet rund 575.000 Euro an drei Betroffenen verurteilt.

In einer ersten Reaktion hatte ein Vertreter chilenischer Missbrauchsoffer, Juan Carlos Cruz, das Urteil als historisch bezeichnet und erneut die Kardinäle Francisco Javier Errazuriz und Ricardo Ezzati der Vertuschung bezichtigt. In einer aktuellen Stellungnahme betonte Cruz nun, alle Betroffenen hofften auf eine baldige Entscheidung des Gerichts.

Papst Franziskus hatte den chilenischen Priester Fernando Karadima (88) Ende Septem-

ber in den Laienstand versetzt. Es sei notwendig gewesen, "das Übel an der Wurzel zu packen", sagte Vatikansprecher Greg Burke damals. "Karadimas schwerwiegende Straftaten haben in Chile einen außergewöhnlichen Schaden verursacht."

Karadima steht im Mittelpunkt der schweren Missbrauchskrise in der katholischen Kirche in Chile. 2011 wurde er wegen sexueller Vergehen verurteilt. Aus seinem Kreis gingen mehrere Bischöfe hervor, darunter auch der frühere Bischof von Osorno, Juan Barros, der von Opfern Karadimas der Mitwisserschaft beschuldigt wird. Papst Franziskus hatte zur Klärung der Vorwürfe einen Sondergesandten nach Chile geschickt und die gesamte Chilenische Bischofskonferenz in den Vatikan gebeten. Inzwischen nahm Franziskus neben dem Rücktritt von Barros sechs weitere Rücktrittsgesuche von Bischöfen an. Mitte Oktober entließ er zudem zwei im Ausland lebende emeritierte chilenische Bischöfen wegen Missbrauchsfällen aus dem Klerikerstand.

Nach Finanzskandal: Bischof beklagt fehlenden Aufklärungswillen

Wegen Misswirtschaft droht der deutschen Diözese Eichstätt ein Verlust von bis zu 50 Millionen Euro - Bischof Hanke sieht sich bei der Aufarbeitung "weitestgehend" auf sich allein gestellt, schildert er in einem Zeitungsinterview

München, 23.10.2018 (KAP/KNA) Der deutsche Bischof Gregor Maria Hanke fühlt sich im Bemühen um die Aufarbeitung des Finanzskandals

in seiner Diözese Eichstätt zu wenig unterstützt. Er sei bei der Bewältigung "weitestgehend" auf sich allein gestellt, beklagte der Bischof

gegenüber der "Süddeutschen Zeitung" (Dienstag). "Die persönliche und strukturelle Solidarität ist sehr überschaubar." Er könne auch nur "wenig Selbstreflexion bei denen erkennen, die in Verantwortung standen".

Derzeit lässt der Bischof die Abläufe in seiner Diözese von externen Anwälten untersuchen. Erneut schloss Hanke in diesem Zusammenhang einen Rücktritt nicht aus. "Ich habe immer gesagt, wenn am Ende dieses Prozesses herauskommt, dass ich eklatant versagt habe, dann werde ich auch die Konsequenzen ziehen." Dafür sei es jetzt aber noch zu früh. "Ich fürchte sonst, dass der Apparat die alten Verhältnisse wiederherstellt."

Der Bischof gab an, dass sein Vorgehen in der Affäre interne Widerstände hervorgerufen habe, insbesondere das Einschalten von Fachleuten von außerhalb: "Man ist hier missstrauisch gegenüber allem, was von außen kommt. Ich habe mitunter den Eindruck, man macht es sich lieber untereinander aus. Nach dem Motto: Wir kennen uns ja, da brauchen wir doch keine Verfahrensregeln. Wir entscheiden selbst, was wir aufklären. Und die Kontrolle

geben wir schon gar nicht ab." Diese Einstellung sei sehr gefährlich, so Hanke. "Das ist der Nährboden für den sexuellen Missbrauch wie für den Missbrauch des Vermögens."

Hanke, der 2006 als Benediktinerabt von Plankstetten zum Eichstätter Bischof ernannt worden war, räumte ein, er selbst sei mit der Aufsicht über die Bistumsfinanzen damals überfordert gewesen. "Wenn Sie als Mönch in ein solches System geschickt werden, haben Sie nicht die erforderlichen Möglichkeiten, dieses Dickicht zu durchdringen. Ich jedenfalls hatte sie nicht."

Vor gut acht Monaten hatte der Bischof eine Anzeige gegen einen ehemals leitenden Mitarbeiter seiner Finanzabteilung und einen von dessen Geschäftspartnern öffentlich gemacht. Sie sollen verantwortlich sein für den Verlust von bis zu 50 Millionen Euro durch die Vergabe ungesicherter Darlehen für Immobilienprojekte in den USA. Gegen beide Männer, die vorübergehend in Untersuchungshaft saßen, ermittelte die Staatsanwaltschaft München wegen des Verdachts der Untreue und Bestechlichkeit.

Zeuge in Verfahren gegen indischen Bischof tot aufgefunden

Angehörige verlangen Aufklärung über die Todesursache

Neu Delhi, 23.10.2018 (KAP/KNA) Ein Belastungszeuge gegen den unter Vergewaltigungsverdacht stehenden indischen Bischof Franco Mulakkal ist am Montag tot aufgefunden worden. Wie die Zeitung "Times of India" (Onlineausgabe) meldete, entdeckte ein Pfarrmitarbeiter den 67-jährigen Priester Kuriakose Kattuthara leblos in dessen Zimmer. Angehörige verlangten Aufklärung über die Todesursache. Kattuthara hatte dem Bericht zufolge die Aussagen einer Ordensfrau gestützt, die dem Bischof von Jalandhar Vergewaltigung vorwarf.

Ein Bruder des Verstorbenen sagte laut "Times of India", Kattuthara habe ihm von zahlreichen Drohungen berichtet. Er habe "viele Gegner" gehabt. Auch hätten sich Ordensfrauen mit Anschuldigungen gegen Bischof Mulakkal an den Priester gewandt, so der Angehörige.

Mulakkal, Bischof von Jalandhar im Bundesstaat Punjab, war am 21. September wegen des Verdachts der Vergewaltigung in Untersuchungshaft genommen worden, befindet sich inzwischen aber gegen Auflagen auf freiem Fuß. Eine 48-jährige Ordensfrau beschuldigt den Bischof, sie seit Mai 2014 während seiner Besuche in Kerala mehrfach vergewaltigt zu haben.

Mulakkal weist die Anschuldigung zurück. Der 54-Jährige sieht in dem Vergewaltigungsvorwurf einen Racheakt wegen eines Disziplinarverfahrens, das er 2016 eingeleitet hatte. Mulakkal lässt sein Bischofsamt während der Ermittlungen ruhen. Papst Franziskus hat im September dem vorläufigen Amtsverzicht des Bischofs stattgegeben und einen Apostolischen Administrator als Übergangsführer für die Diözese Jalandhar ernannt.

Großes katholisches Jugendtreffen auf der Arabischen Halbinsel

Programmpunkte drehen sich unter anderem um das Leben als christliche Migranten in der mehrheitlich islamischen Gesellschaft, aber auch um die Glaubensweitergabe

Abu Dhabi, 23.10.2018 (KAP) Zu einem zweitägigen katholischen Jugendtreffen in den Vereinigten Arabischen Emiraten werden mehr als 1.000 Teilnehmer erwartet. Die am Freitag beginnende Begegnung im Emirat Ras Al Khaimah ist nach Veranstalterangaben die größte derartige Zusammenkunft. Neben Besuchern aus den Emiraten, Oman, Kuwait, Bahrain und Jordanien reisen auch junge Katholiken aus Saudi-Arabien an, hieß es in einer Mitteilung des Apostolischen Vikariats Südarabien.

Programmpunkte drehen sich unter anderem um das Leben als christliche Migranten in

der mehrheitlich islamischen Gesellschaft, aber auch um die Glaubensweitergabe. Die Zusammenkunft solle junge Erwachsene aufrufen, keine Angst zu haben, erklärte der katholische Bischof für Südarabien, Paul Hinder, im Vorfeld. Die Würde und der Wert eines Christen leite sich nicht von der Anerkennung durch weltliche Autoritäten ab, sondern von Gott.

Es ist das dritte Regionaltreffen junger Katholiken in Arabien. Entsprechende Begegnungen fanden 2009 in Dubai und 2012 in Abu Dhabi statt.

Hilarion: Bartholomaios geht als Kirchenspalter in Geschichte ein

Russisch-orthodoxe Angriffe mit persönlicher Verurteilung des Ökumenischen Patriarchen verbunden - Bartholomaios: "Bin mir Bemühungen der russischen Seite bewusst, 'schwarze Propaganda' gegen das Ökumenische Patriarchat zu verbreiten"

Moskau-Fribourg, 23.10.2018 (KAP) In einer ständigen Flut von Interviews und Artikeln aus Moskau wird die Anfang September getroffene Entscheidung des Ökumenischen Patriarchats von Konstantinopel attackiert, eine künftige unabhängige ukrainische orthodoxe Kirche anzuerkennen. Zunehmend sind die Angriffe mit persönlichen Verurteilungen des Ökumenischen Patriarchen Bartholomaios I. verbunden.

Der Leiter des Außenamts des Moskauer Patriarchats, Metropolit Hilarion, sagte am Wochenende in der russischen öffentlich-rechtlichen Fernsehsendung "Die Kirche und die Welt" wörtlich: "Die Legitimierung der Spaltung, die jetzt in der Ukraine stattgefunden hat, ist ein ernstes kanonisches Verbrechen, für das Patriarch Bartholomaios vor Gott verantwortlich sein wird, und zwar vor dem Jüngsten Gericht." Der Patriarch von Konstantinopel sei jetzt "ein Schismatiker" und werde als "der Mann, der die orthodoxe Kirche spaltete, in die Geschichte eingehen".

Demgegenüber wurde vom Konstantinopoler Patriarchat zuletzt relativ wenig öffentlich gesagt. Veröffentlicht wurde ein Video von einer Feier am Sonntag, bei der Bartholomaios aus

Anlass des 150. Jahrestags der Weihe der Kirche der Heiligen Apostel in der griechischen Feriköy-Gemeinde in der Region Istanbul predigte. Dabei sagte er, er sei sich der Bemühungen der russischen Seite bewusst, "schwarze Propaganda" gegen das Ökumenische Patriarchat zu verbreiten. Aber "ob unsere russischen Brüder es mögen oder nicht, werden sie bald die Lösung des Ökumenischen Patriarchats akzeptieren, weil sie keine andere Wahl haben werden".

Wie der Nachrichtenblog des Schweizer "Zentrum St. Nikolaus für das Studium der Ostkirchen" am Dienstag berichtet, gebe es an der Ökumenefront Erfolge für Patriarch Bartholomaios. So habe von 13. bis 20. Oktober in Larnaka auf Zypern ein Treffen der Internationalen Kommission für anglikanisch-orthodoxen theologischen Dialog stattgefunden. Ein Komunique sei am Ende des Treffens herausgegeben worden. Das Treffen habe trotz des am 14. September beschlossenen Gesamtorthodoxie-Ökumeneboykotts des Moskauer Patriarchats stattgefunden. Laut Komunique waren Vertreter der Kirchen von Alexandria, Antiochia, Jerusalem, Serbien, Rumänien, Georgien, Zy-

pern, Griechenland, Albanien und Konstantinopel in Larnaka gewesen.

Es gebe - so der Nachrichtenblog - somit "Anlass zu der Hoffnung, dass die orthodoxen Bischofsversammlungen, die in verschiedenen Teilen der Welt stattfinden und sich als sehr hilfreich für die Diaspora erweisen, auch nach dem Rückzug Moskaus weiterhin funktionieren werden". Es bestehe auch die Hoffnung, dass der Koordinierungsausschuss der Gemeinsamen Inter-nationalen Kommission für den Theologischen Dialog zwischen den orthodoxen und den katholischen Kirchen sich im nächsten Monat wie geplant im italienischen Boscotrecase treffen könne.

Laut "Pro Oriente" will sich das Moskauer Patriarchat jetzt um die vielen russischen Arbeitsmigranten in Istanbul und russischen Pensionisten an der türkischen Küste kümmern. Diese konnten bisher die Sakramente bei den Priestern und in den Gotteshäusern des Ökumenischen Patriarchats empfangen, was seit dem Beschluss des Heiligen Synods des Moskauer Patriarchats vom 15. Oktober verboten ist. Metropolit Hilarion sagte, der Abbruch der eucharistischen Gemeinschaft zwischen Moskau und Konstantinopel gelte auch für den Berg Athos. Verboten sei, dass russische Priester in den Kirchen von Athos die Liturgie zelebrieren oder russische Gläubige dort die Sakramente von Buße und Eucharistie empfangen.

Auf die Frage, ob er von den rund 200 Millionen Dollar wisse, die russische Wirtschaftstreiber in den letzten Jahren für die Restaurierung von Klöstern und Kirchen auf dem Athos gespendet haben, meinte der Metropolit, er wisse das natürlich. Aber jetzt rate er

den russischen Geschäftsleuten, lieber für die russischen Klöster zu spenden.

Grundsätzlich unterstrich Metropolit Hilarion die "herzlichen und respektvollen" Beziehungen des Moskauer Patriarchats mit dem Athos. Er habe nicht die Absicht, den Mönchen vom Athos irgendwelche Ratschläge zu geben oder sich in deren innere Angelegenheiten einzumischen. Das gelte auch für das russische Panteleimon-Kloster auf dem Athos. Die Mönche sollten ihr Leben und ihre Arbeit auf dem Athos fortsetzen. Auf die Frage nach der Nennung des Namens des Ökumenischen Patriarchen bei der Liturgie betonte der Metropolit, auch das sei eine Frage, die die Mönche selbst entscheiden müssten.

Konstantinopel hat Gemeinschaft nicht gelöst

Laut Mitteilung des - dem Ökumenischen Patriarchat unterstehenden - Pariser Exarchats für die russisch-orthodoxen Gemeinden in Westeuropa hat das Patriarchat von Konstantinopel seinerseits die Eucharistiegemeinschaft mit dem Moskauer Patriarchat nicht gelöst. Bei der Liturgie werde in den konstantinopolitanischen Gottesdiensten in aller Welt nach den altkirchlichen Patriarchen von Alexandrien, Antiochien und Jerusalem für den Patriarchen von Moskau gebetet, wie es der Ordnung der "Diptychen" (der kirchlichen Ehrenverzeichnisse) entspricht. Das von Bischof Jean Renneveau geleitete Exarchat betont, dass alle orthodoxen Christen am liturgischen und sakramentalen Leben in den Gemeinden des Exarchats teilnehmen können; zugleich wird an alle Priester, Diakone, Mönche, Nonnen, Laien des Exarchats appelliert, inständig für die Einheit der Orthodoxie zu beten.

K U L T U R & M E D I E N

"Faszination Garten": Jahrbuch 2019 der Diözese Gurk präsentiert

Diözesanadministrator Guggenberger: "Gärten haben eine große und vielfältige Bedeutung für unser Leben, die letztlich darin gipfelt, dass sie die Erinnerung an das Paradies in uns wach halten"

Klagenfurt, 23.10.2018 (KAP) "Faszination Garten" lautet der Titel des neuen Jahrbuches 2019 der Diözese Gurk, das Diözesanadministrator Engelbert Guggenberger am Dienstag in Klagenfurt vorgestellt hat. Insgesamt 17 Autorinnen

und Autoren, darunter Wissenschaftler verschiedener Disziplinen sowie Berufs- und Hobbygärtner, beschreiben im neuen Jahrbuch Kulturgeschichte, Entwicklung und Bedeutung des Gartens bis hin zum "Urban Gardening". In

ganz besonderer Weise wird dabei der Garten als "Urbild des Glaubens" in den Mittelpunkt gestellt und beschreiben, wie die Gartenarbeit in Kontakt bringt mit der Schöpfung und Gott.

Der Garten Eden und weitere Gärten der Bibel werden ebenso vorgestellt wie Klostergärten, kirchliche Gartenprojekte in Kärnten oder Gärten in der Bildsprache der Sakralkunst. "Gärten haben eine große und vielfältige Bedeutung für unser Leben, die letztlich darin gipfelt, dass sie die Erinnerung an das Paradies in uns wach halten", schreibt Guggenberger im neuen Jahrbuch. Er stellte es gemeinsam mit Raiffeisen Landesbank-Direktor Georg Messner und dem redaktionellen Gesamtverantwortlichen für das Jahrbuch, Matthias Kapeller, vor.

In einer neuen Serie im Kalendarium für das Jahr 2019 begleitet der bekannte Kräuterpfarrer Benedikt Felsinger aus dem niederösterreichischen Stift Geras die Leserinnen und Leser mit zwölf Kräutertipps durch das Jahr. Die Karikaturen im Jahrbuch 2019 stammen auch heuer wieder vom Karikaturisten der "Salzburger Nachrichten", Thomas Wizany.

Neben dem Schwerpunktthema informiert das neue Jahrbuch auch wieder über aktuelle Ereignisse, Jubiläen und wichtige Themen in der Diözese Gurk, wie zum Beispiel den Relaunch der Diözesanwebsite, die Herausforderungen des Mesner-Dienstes, das 150-jährige Wirken der slowenischen Schulschwestern im Dienst für die Jugend, für Kranke und für Arme oder das Jubiläum "170 Jahre Wallfahrtsort Dolina".

Die mittlerweile 42. Ausgabe des Jahrbuchs, in dem es wie immer auch zweisprachige Beiträge gibt, enthält auch wieder einen ausführlichen Chronikteil sowie den 95 Seiten starken Schematismus mit aktuellen Namen, Zahlen und Daten aus den 336 Pfarren und weiteren kirchlichen Einrichtungen der Diözese Gurk.

Das 324 Seiten starke Jahrbuch 2019 der Diözese Gurk ist um 12 Euro im Buchhandel, in den Kärntner Pfarren, im Behelfsdienst des Bischöflichen Seelsorgeamtes (behelfsdienst@kath-kirche-kaernten.at; Tel. 0463/5877-2135) und auf www.kath-kirche-kaernten.at/jahrbuch erhältlich.

Bibelmuseum in Washington entfernt gefälschte Schriftrollen

Deutsche Experten untersuchten sogenannte Qumran-Schriftrollen auf ihr Alter und identifizierten sie als Fälschungen

Washington, 23.10.2018 (KAP/KNA) Das Bibelmuseum in Washington hat fünf von insgesamt 16 als Qumran-Schriftrollen bekannte historische Artefakte aus seiner Ausstellung entfernt. Das Museum reagierte damit auf das Ergebnis einer Untersuchung der deutschen Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung (BAM), das die Ausstellungsstücke auf ihr Alter untersucht und als Fälschungen identifiziert hatte. Das geht aus einer am Montag (Ortszeit) veröffentlichten Mitteilung hervor.

Das vor rund einem Jahr eröffnete Bibelmuseum hatte die Schriftrollen mit dem Hinweis ausgestellt, dass sie noch auf ihre Echtheit überprüft würden. Die deutschen Experten kamen zu dem Ergebnis, dass die Schriftrollen "nicht alt genug" seien.

Die sogenannten Qumran-Schriftrollen wurden in den 1940er Jahren nahe dem Toten Meer gefunden und enthalten 2.000 Jahre alte jüdische Texte, darunter auch Abschriften aus der Bibel. Forscher datierten die ältesten Stücke auf das 3. Jahrhundert vor Christus, jüngere auf das 1. Jahrhundert nach Christus.

Das Urteil der deutschen Experten deckt sich Medienberichten zufolge mit dem eines kanadischen Forschers. Dieser geht davon aus, dass insgesamt sieben Exemplare in der Schriftrollen-Sammlung des Museums "moderne Fälschungen" seien.

Das Museum habe auf die Echtheit der Rollen gehofft, wird Chefkurator Jeffrey Kloha in der Stellungnahme des Museums zitiert. Der Fall zeige aber, wie wichtig Echtheitsprüfungen bei seltenen biblischen Schriften seien.

	
<p>IMPRESSUM: Medieninhaber (Verleger) Herausgeber, Hersteller: Institut "Katholische Presseagentur" Chefredakteur & Geschäftsführer: Paul Wuthe Redaktion: Andreas Gutenbrunner, Henning Kligen, Franziska Libisch-Lehner, Robert Mitscha-Eibl, Franz Morawitz, Jennifer Mostögl, Johannes Pernsteiner, Georg Pulling Alle: A-1011 Wien, Singerstraße 7/6/2 (Postfach 551) Tel: +43 (0)1 512 52 83 Fax: +43 (0)1 512 18 86 E-Mail an die Redaktion: redaktion@kathpress.at E-Mail an die Verwaltung: buero@kathpress.at Internet: www.kathpress.at Bankverbindung: Schelhammer&Schattera Kto.Nr. 10.2343 BLZ 19190 IBAN AT22 1919 0000 0010 2343/ BIC:BSSWATWW DVR: 0029874(039)</p>	